



DEUTSCH-POLNISCHE GESELLSCHAFT SACHSEN -
GESELLSCHAFT FÜR SÄCHSISCH-POLNISCHE ZUSAMMENARBEIT e. V.
NIEMIECKO-POLSKIE TOWARZYSTWO SAKSONII
TOWARZYSTWO WSPÓŁPRACY SAKSOŃSKO – POLSKIEJ T. Z.
Sitz: Kraszewski-Museum, Nordstr. 28, 01099 Dresden

Einladung

Der Justizumbau in Polen – notwendige Reform oder Gefahr für die Rechtsstaatlichkeit in Europa?

Einführung und Gespräch von und mit

Thomas Guddat, Vorsitzender der Deutsch-Polnischen Richtervereinigung e.V.

am Mittwoch, 04. Juli 2018, 18 Uhr,

Kraszewski-Museum, Nordstr. 28, Dresden-Neustadt

- Eine Veranstaltung im Rahmen von MischMasz -

Richter sind keine Diener der Macht, sondern Diener des Rechts. Deshalb ist ihnen im Verfassungsstaat die Unabhängigkeit garantiert, ein notwendiger Ausfluss der Gewaltenteilung. Denn Richter haben die ihnen von der Verfassung gestellte Aufgabe, die Rechte der Bürger vor Eingriffen des Staates zu schützen. Das betrifft gerade auch die Minderheitsrechte. Für Polen gilt dies ebenso wie für Deutschland.

Seit ihrer Regierungsübernahme 2015 versucht die Partei „Recht und Gerechtigkeit“ (Prawo i Sprawiedliwość), das Justizwesen in Polen grundlegend zu verändern und Positionen neu in ihrem Sinne zu besetzen. Sie stößt dabei auf teilweise heftige Kritik in Polen selbst, aber auch im europäischen Ausland und bei der EU. Denn polnische Richter sind auch EU-Richter, da sie EU-Recht anwenden. In Art. 2 des EU-Vertrages verpflichten sich die Mitgliedsstaaten der EU, darunter Polen, die gemeinsamen Grundwerte, dazu gehört die Rechtsstaatlichkeit, zu wahren.

Durch den Umbau der polnischen Justiz sieht die EU-Kommission die Unabhängigkeit des Gerichtswesens in Gefahr und hat erstmals in der Geschichte ein Vertragsverletzungsverfahren nach Artikel 7 der EU-Verträge eingeleitet, über welches die Mitgliedstaaten der EU nun beraten und nach derzeitigen Stand im September entscheiden werden. Als erstes Land in der Geschichte der EU hat sich Polen in der vergangenen Woche einer offiziellen Anhörung im Kreis der Mitgliedsstaaten stellen müssen.

Der DEUTSCH-POLNISCHEN GESELLSCHAFT SACHSEN ist es daher ein Anliegen, in einer Veranstaltung über die Justizreformen in Polen zu informieren und die Frage zu erörtern „Was bedeutet die polnische Justizreform für den Rest der Europäischen Union?“.

Thomas Guddat, Richter in Dresden und vormaliger Referent für Fragen der Justiz am Verbindungsbüro des Freistaats Sachsen in Brüssel, ist als langjähriger Vorsitzender der Deutsch-Polnischen Richtervereinigung ein profunder Kenner der Justizszene in Polen.